



Arbeitsbericht
Gesagt – Getan
2025

KA
KATHOLIKENAUSSCHUSS
IN DER STADT KÖLN



„**Werft das Netz auf der rechten Seite des Bootes aus und ihr werdet etwas fangen.**“

(Johannes 21,6)

**Liebe Vorsitzende der Pfarrgemeinderäte,
liebe Verantwortliche in
den Katholischen Verbänden,
liebe Leserinnen und Leser!**

Diese Worte konnten wir im Evangelium am 2. Sonntag nach Ostern hören und ich musste direkt an die Arbeit im Katholikenausschuss denken.

Neben vielen positiven Dingen und einer wertvollen Arbeit in den Pfarrgemeinderä-

ten und Verbänden, begegnete mir in meiner Arbeit im letzten Jahr auch viel Trauer, Wut, Enttäuschung und Resignation.

Ähnliche Gefühle mussten auch die Jünger Jesu gehabt haben, als sie zum Fischen in das Boot stiegen.

In unseren Gemeinden und Verbänden mussten viele lieb gewordenen Dinge aufgegeben werden, weil neue Strukturen, weniger Engagierte und fehlende Finanzen eine Weiterarbeit erschwerten. Hier und da auch ein leitender Pfarrer, der nicht im Einklang mit seinen Gremien war. Zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt des Abschwungs, kamen dann auch noch die PGR-

und KV-Wahlen. Wie sollte man in dieser unsicheren Situation Kandidierende für die Gremien finden? Wie motivieren und überzeugen, dass man etwas in den neuen Pastoralen Einheiten in vier Jahren schaffen und gestalten kann?

Das Johannesevangelium gibt eine sehr schlichte Antwort auf die Frage, was wir tun sollen, wenn wir nicht mehr weiterwissen, wenn die Situation hoffnungslos und verfahren ist: „Werft euer Netz auf der anderen Seite des Bootes aus.“

Übersetzt für uns: Verlasst eure Routinen, kommt aus der Komfortzone heraus, macht es mal bewusst anders, probiert was

Neues! Wenn wir das tun, folgt die Zusage Jesu aus dem zweiten Teil des Satzes: „...ihr werdet etwas fangen!“ Manchmal sogar mehr als wir uns vorstellen können oder erwartet haben.

In allen zehn Pastoralen Einheiten haben die Gremien nun ihre Arbeit aufgenommen. Ich wünsche allen sehr, dass es auch mal gelingt „die Netze auf der anderen Seite des Bootes auszuwerfen“ und damit auch das schöne Gefühl eines „satten Fangs“ zu erleben.

Im Katholikenausschuss stehen wir vor den gleichen Herausforderungen. Am 22. Juni soll ein neuer Vorstand für 4 Jahre gewählt

werden. Auch hier suchen wir Kandidierende für den Vorsitz und Beisitzende. Auch hier stellt sich die Frage, was wir in den nächsten 4 Jahren erreichen können und wollen. Und auch hier stellen wir uns der Herausforderung „die Netze auf der anderen Seite des Bootes auszuwerfen“.

Ihr/euer Gregor Stiels



Der Katholikenausschuss

Der Katholikenausschuss ist die Vertretung der Katholiken und Katholikinnen in Köln. Er wird von den Pfarrgemeinderäten und den katholischen Verbänden für vier Jahre gewählt und wirkt mit bei der Gestaltung von Kirche, Stadt und Gesellschaft aus dem Geist des Evangeliums.

Bereits 1947 gründeten katholische Frauen und Männer der Stadt dieses Gremium.

Aufgaben

Der Katholikenausschuss

- gibt Anregungen dazu, die Kirche auf dem Weg in die Zukunft weiterzuentwickeln.

- gibt denen eine Stimme, die keine Lobby haben und setzt sich für ein friedliches Miteinander und Toleranz ein.
- unterstützt die Arbeit der Pfarrgemeinderäte.
- engagiert sich in der Ökumene und im interreligiösen Dialog.
- äußert sich zu aktuellen Themen in Kirche, Stadt und Gesellschaft und vertritt die katholischen Gläubigen in der Öffentlichkeit.

Arbeitsweise

Der ehrenamtliche Vorstand lädt kompetente und engagierte Katholiken und Katholikinnen zur Mitarbeit auf verschiedenen Arbeitsfeldern ein.

Er organisiert seine Arbeit in Gruppen und Gesprächsrunden, an denen sich auch dem Vorstand nicht angehörende Personen beteiligen können. Einige dieser Gruppen wirken temporär und projektbezogen.

Vorstand und Basis sind unter anderem verbunden durch die Konferenz der katholischen Verbände und die Konferenz der Pfarrgemeinderatsvorsitzenden.



Gregor Stiels
Vorsitzender



Dr. Ernst-Albert Cramer
Stv. Vorsitzender



Dinah Breithaupt



Elisabeth Grumfeld



Gero Schlesinger



Msgr. Robert Kleine
Stadtdechant



Peter Krücker
Stv. Vorsitzender



Lara Bergrath



Prof. Dr. Remo Laschet



Julian Staratschek



Maximilian Rudloff
Stv. Vorsitzender



Dr. Georg Dietlein



Michael Paetzold †
verstorben 2025



13.01.2025: Dreikönigsempfang

Katholikenausschuss kritisiert die Sparmaßnahmen der Stadt und sieht die Kirche vor großen Herausforderungen

Auch in diesem Jahr folgten 160 Gäste der Einladung von Katholikenausschuss und Stadtdekanat zu ihrem Dreikönigsempfang, der traditionsgemäß wieder im Maternushaus stattfand.

Nachdem Msgr. Kleine die Gäste begrüßte und sich die Oberbürgermeisterin mit ihrer Ansprache anschloss, betonte Gregor Stiels in seiner Rede seine Sorge um den sozialen Frieden in Köln durch den vorliegenden

Haushaltsentwurf der Stadt. Die drohenden Kürzungen würden besonders das Ehrenamt, die Jugendverbände aber auch wichtige Strukturen in der Geflüchtetenarbeit gefährden.

Dabei sei es kritisch zu hinterfragen, welche Entscheidungen in Köln zu horrenden Zahlungen für Oper, U-Bahn, Kliniken usw. geführt haben und die Stadt heute deutlich in ihren Handlungsfähigkeiten einschränke.

Neben der finanziellen Lage der Stadt Köln blickte er auch auf die anstehenden Pfarrgemeinderats- und Kirchenvorstandswah-



© Ulla Kleinebeckel

len im Herbst. Da die bisher 35 Pfarrgemeinden auf zehn Gemeinden geschrumpft sind, kämen den kommenden Wahlen besondere Bedeutung zu.

Er hoffte, dass es für die Wahlen genügend ehrenamtliche KandidatInnen geben werde, die sich bereit erklären dieser Mammutaufgabe zu stellen.

Positiv zeigte Gregor Stiels auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit des Katholikenausschusses mit der evangelischen Kirche. Beide streben gemeinsam danach, in allen 86 Kölner Veedeln mindestens einen Kirchort zu erhalten, der gemeinsam ökumenisch genutzt werden kann.

Er beendete seine Ansprache mit der Jahreslosung der evangelischen Kirche für 2025:

„Prüft alles und behaltet das Gute.“

(1. Thessalonicher 5,21)

Nachfolgend finden Sie Auszüge aus der Rede zum Dreikönigsempfang 2025 gehalten von Gregor Stiels, dem Vorsitzenden des Katholikenausschuss Köln

....

Lassen Sie mich heute Abend einmal kurz auf die besonderen Herausforderungen in dieser Stadt und in unserer Kirche schauen: Im November letzten Jahres wurde von der Verwaltung ein Haushaltsentwurf für die Stadt Köln vorgelegt.

Und um es einmal an dieser Stelle ganz klar auszusprechen: Dieser Haushaltsentwurf gefährdet das Ehrenamt in unserer Stadt. Und dieser Haushaltsentwurf gefährdet den sozialen Frieden in unserer Stadt.

Die herausfordernde Ausgangslage für die kommunale Verwaltung und Politik in Zeiten der Krise öffentlicher Kassen, einer wirtschaftlichen Rezession und von spürbaren finanziellen Nachwirkungen der Coronapandemie ist mir durchaus bewusst. Ich halte es für sehr verantwortungsvoll, dass die Stadt Köln einen Haushalt erarbeitet, der ihr Handlungsfreiheiten bei den sogenannten freiwilligen Leistungen lässt und der daher auch deutliche Kürzungen enthalten muss.

Die Entscheidung aber, was uns in Zukunft wichtig ist, wo wir in Zeiten sinkender Finanzmittel unsere Prioritäten setzen, das ist nicht Aufgabe der Verwaltung, das ist Auf-

gabe der Politik und deshalb müssen im Finanzausschuss am Freitag die richtigen Entscheidungen getroffen werden.

Es wäre dabei wichtig zu hören, was für Sie, liebe Mitglieder des Rates in den nächsten 5 bis 10 Jahren für diese Stadt wichtig ist, wo Sie Prioritäten setzen möchten und mit welchen mittelfristigen Maßnahmen und Schritten Sie zu diesen Zielen kommen möchten.

Kritisch müssen wir dafür in den Blick nehmen, welche Entscheidungen uns in dieser Stadt zu horrenden Zahlungen für Oper, U-Bahn, Kliniken usw. geführt haben und uns heute deutlich in unseren Handlungsfähigkeiten einschränken. Von diesen genannten

Dingen können wir uns nicht alles leisten, diese Ausgaben müssen drastisch reduziert und Entscheidungen korrigiert werden. Denn diese finanziellen Belastungen aus der Vergangenheit und Gegenwart, dürfen auf keinen Fall zum Abbau eines sozialen Kölns in der Zukunft führen.

Das wir mittlerweile 1,5 Milliarden Euro für eine Oper in Köln ausgeben, aber kein Geld mehr für die Stadtranderholung und damit beispielsweise für das erfolgreiche und wichtige Hövi-Land oder für Ferien zu Hause da ist, kann man mir nicht plausibel erklären. Diese pädagogisch wichtigen und Gemeinschaft stiftenden Angebote, die von vielen Kindern und Jugendlichen besucht

werden, die sich einen teuren Urlaub nicht leisten können, stehen in der gewohnten Form vor dem Aus.

Auch nicht nachvollziehbar sind die Kürzungen bei unseren Jugendverbänden! In Zeiten, in denen wir mehr denn je unsere Demokratie schützen müssen, ist eine Kürzung dort, wo Demokratie auf hervorragender Weise gelernt und gelebt wird, ein fatales Signal.

Und schließlich wissen wir alle, dass die Menschen, die vor Krieg, Terror und sonstigen Notlagen zu uns geflüchtet sind, viel mehr sind als „Flüchtlinge“. Den einseitigen Erzählungen davon, dass geflüchtete Menschen Probleme machen und für die Pro-

bleme in unserer Stadt oder unserem Land verantwortlich sind, müssen wir die vielen Berichte von gelungener Integration und wertvollen Arbeitskräften entgegensetzen. Dafür braucht es aber weiterhin die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Strukturen in der Geflüchtetenarbeit, die durch Kürzungen vor dem Aus stehen.

Was es jetzt also braucht, ist ein städtischer Haushalt, der die Problemlagen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, der Seniorinnen und Senioren, der Menschen in Armut sowie allen Schwachen und Benachteiligten in unserer Stadtgesellschaft ernstnimmt. Dafür ist es auch nicht hinnehmbar, dass es abgehangene Stadtteile und Sozial-

räume gibt. Für die Begleitung und Beratung dieser Menschen muss eine gute Finanzierung – auch der stark gestiegenen (Lohn-)Kosten sichergestellt sein. Das heißt auch, dass es nicht nur eine durchdachte Finanzierung sozialer Einrichtungen für die nächsten zwei Jahre benötigt, sondern darüber hinaus auch in der mittelfristigen Planung. Alles andere wäre ein unsozialer Haushalt mit falscher Prioritätensetzung.

Wir möchten vor diesem Hintergrund die Akteurinnen und Akteure in der Kölner Politik und Verwaltung hiermit dazu auffordern, ihrer hohen Verantwortung zur Weitergestaltung eines sozialen Kölns gerecht zu werden und eine Nachbesserung des städti-

schon Haushalts – insbesondere in der Mittelfristperspektive und im Abgleich zu sonstigen Investitionsprojekten der Stadt – ernsthaft zu prüfen.

Schließlich möchte ich noch einen kurzen Blick auf die Themen und Herausforderungen der katholischen Kirche im Jahr 2025 nehmen:

Es finden nicht nur Bundestagswahlen und Kommunalwahlen statt, sondern auch voraussichtlich am 8. und 9. November im Erzbistum Köln Kirchenvorstands- und Pfarrgemeinderatswahlen. Schon in der aktuellen Wahlperiode konnten in Köln nicht mehr in allen Gemeinden Pfarrgemeinderäte gebildet werden und wir müssen ab sofort daran

arbeiten, dass wir Kandidatinnen und Kandidaten für die kommenden vier Jahre finden, die wir im November wählen können.

Für Verunsicherung sorgt, dass vielfach noch nicht klar ist, welche Funktion, Aufgaben und welche Möglichkeiten Kirchenvorstand und Pfarrgemeinderäte in den neuen Strukturen der zehn Pastoralen Einheiten in Köln haben. Da brauchen wir schnell Klarheit.

Klar ist, wie der Wandel in den nächsten zehn Jahren aussehen wird: Wir wissen jetzt schon, dass 30 bis 50% aller kirchlichen Gebäude umgewidmet werden müssen. Und hier wiederhole ich mein Statement vom letzten Jahr:

Diesen Prozess müssen wir in Köln ökumenisch, gemeinsam mit der evangelischen Kirche angehen. Es muss unser gemeinsames Anliegen sein, dass in allen 86 Kölner Veedeln mindestens ein Kirchort erhalten bleibt, den wir dann gemeinsam nutzen. Ich freue mich, dass wir auf Stadtebene so eng und vertrauensvoll auch daran arbeiten. In diesem Jahr muss es uns gelingen dieses Anliegen in unsere Gemeinden zu transportieren und vielleicht mit einem ersten positiven Gelingen anderen Mut machen, dass dies möglich ist.

Es kommt ab sofort auf die Verantwortlichen im Ehrenamt und Hauptamt die Kunst der Exnovation zu, wie es Prof. Faix in sei-

nem Vortrag auf dem Okumenetag 2024 in Köln beschrieben hat. Gemeinsam müssen wir Praktiken und Prozesse identifizieren, die nicht mehr wirksam sind. Gebäude und Strukturen benennen, die nicht mehr tragbar oder nützlich sind. Bewusst müssen wir uns entscheiden diese zu einem guten Ende zu bringen. Erst dann haben wir den nötigen Spielraum, um anstehende Innovationen durchzuführen.

Dabei müssen wir im besten Sinne des Wortes katholischer, allumfassender werden. In Zukunft brauchen wir mehr Vielfalt, als vielfach dasselbe! So unterschiedlich die Menschen sind, so unterschiedlich müssen unsere Antworten sein. Glauben zu erfahren und

Glauben zu leben. Das ist katholisch, das ist Kirche der Vielfalt, das ist unsere Zukunft!

Ich wünsche mir, dass dies in unseren zehn Pastoralen Einheiten in Köln nicht trotz des Erzbistums gelingt, sondern mit ihm!

Auch wenn wir aktuell und in den nächsten zehn Jahren eine Kirche im Umbruch sind, kann ich versichern, dass der Katholikenausschuss weiterhin die katholische Stimme in Kirche, Politik und Gesellschaft bleibt.

Das müssen wir auch sein, angesichts der Herausforderungen in diesem Jahr!

Wir werden weiterhin sehr darauf achten, dass die zukünftigen Wahlkämpfe nicht auf Kosten von Minderheiten, insbesondere ge-

flüchteter Menschen gemacht werden. Konkret in einem Fairnessabkommen mit dem Runden Tisch für Integration.

Wir werden uns weiterhin entschieden gegen den auch in unserer Stadt aufkommenden Antisemitismus stellen und stehen fest an der Seite unserer jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn. Das werden wir auch in diesem Jahr wieder in einem ökumenischen Schweigegang deutlich machen.

Und wir werden weiterhin wachsam sein und unsere Stimme erheben, wenn durch Falschinformation, Hassreden und Populismus unsere Demokratie in Gefahr gerät.

....

22.01.2025: Fairnessabkommen im Wahlkampf

Stadtsuperintendent Seiger und Katholikenausschussvorsitzender Gregor Stiels sichern einen fairen Wahlkampf zu

Die im Bundestag vertretenen Parteien, außer AfD und BSW, haben sich durch die Unterzeichnung des Fairnessabkommen zu einem sprachlich gemäßigten Umgang verpflichtet. Dabei beschäftigt sich das Fairnessabkommen ausdrücklich nicht mit den Themen, die im Wahlkampf behandelt werden, sondern wie diese Themen diskutiert werden. Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Die Grünen und Volt legen sich fest, dass

dies im fairen Miteinander, ohne Diffamierungen geschehen soll.

Konkret bedeutet das:

- nicht auf Kosten von unter uns lebenden Menschen mit Migrationshintergrund Wahlkampf zu betreiben und inhaltlich fair zu bleiben;
- keine Vorurteile gegen die hier lebenden Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge zu schüren oder in den eigenen Reihen zu dulden;
- sich aktiv gegen Antisemitismus und Rassismus zu engagieren;

- Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge nicht für negative gesellschaftliche Entwicklungen wie die Arbeitslosigkeit oder die Gefährdung der Inneren Sicherheit verantwortlich zu machen.

Als Ombudsleuten ist es Stiels und Seiger wichtig, dass Christliche Traditionen, Werte und Moralvorstellungen, auf die unsere Verfassung aufgebaut ist und die uns Halt und Sicherheit im gesellschaftlichen Miteinander geben, nicht durch Parteien wie die AfD in Gefahr geraten. Durch das tägliche Schüren von Ängsten, Diffamieren von Andersdenkenden, Hassreden und Hetze werden christliche Werte und Moralvorstellungen ins Abseits gedrängt.



© Priska Mielke

Als Christinnen und Christen ist es daher Pflicht, dies klar zu benennen und die Werte von Respekt, Wahrhaftigkeit und Nächstenliebe einzufordern und vorzuleben.

Sollten Verstöße festgestellt werden, werden zuerst der oder die Parteivorsitzende auf die Vorwürfe angesprochen. Erst im Falle, dass im persönlichen Gespräch keine Lösung erzielt wird, kommt die Veröffentlichung des gemeldeten Sachverhalts in Betracht.

Beide Herren sind zuversichtlich, dass es in dem kurzen Wahlkampf nicht dazu kommen wird.



18.03.2025: Vollversammlung 2025 in St. Franziskus

Viele geladene Gäste aus den Pfarrgemeinderäten, katholischen Verbänden und katholischen Institutionen nahmen an der diesjährigen Vollversammlung teil.

Der Abend war in zwei Teile gegliedert:

- Regularien/Rechenschaftsbericht
- Austausch und Diskussion zum Thema „PGR- und KV- Wahlen 2025 in den neuen Pastoralen Einheiten- Möglichkeiten, Fragen, Hindernisse. Einladung zu Diskussion und Austausch“

Nach der Vorstellung des Arbeitsberichts, der Haushaltsabrechnung 2024 und dem

Haushaltsplan 2025 wurde der Vorstand einstimmig und ohne Gegenstimmen entlastet.

Bevor es zum inhaltlichen Teil des Abends kam, stellte Georg Dietlein, aus der Arbeitsgruppe des Vorstands, den Entwurf zu einer neuen Geschäftsordnung vor. Diese soll auf einer außerordentlichen Sitzung vor der Vollversammlung 2026 vom Plenum verabschiedet werden.

Gregor Stiels startete in den zweiten Teil des Abends mit dem beeindruckenden Vortrag von Prof. Faix aus Essen: „*Es geht um*



© Ulla Kleinebeckel

alles. Perspektivwechsel für mutiges Christsein“, gehalten auf dem 15. Ökumenetag 2024.

Er war die Basis für viele interessante Diskussionen des Plenums, das sich in verschiedene Kleingruppen zusammenschlossen hatte.

Auch nach Ende der Vollversammlung setzten sich viele Gespräche bei Snacks und Getränken weiter fort, bevor der Abend gegen 22 Uhr endgültig beschlossen wurde.

02.04.2025: Kein KV-Ausschluss von Menschen mit 75

Das am 1.11.2024 in Kraft getretene neue Kirchliche Vermögensverwaltungsgesetz (KVVG) schließt Personen über 75 von der Wählbarkeit zum Kirchvorstand aus. Diese Neuerung wird von vielen als diskriminierend empfunden.

Daher regt sich vor den anstehenden Kirchenvorstands-Wahlen im Herbst 2025 zunehmend Kritik.

Der Ausschluss älterer Menschen wird nicht nur von den Betroffenen kritisiert, sondern auch in den Gemeinden. Sie tun sich immer schwerer, ehrenamtliche Mitglieder für den

Kirchenvorstand zu gewinnen. In einigen Gemeinden sind drei bis vier Mitglieder von zehn Mitgliedern des Kirchenvorstandes zukünftig nicht mehr wählbar, mithin 30 bis 40%. Dies ist insbesondere angesichts zunehmender Herausforderungen durch die Gemeindestrukturereform hoch problematisch.

„*Es ist wichtig arbeitsfähig zu bleiben.*“ hat daher der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln schon 2024 gefordert. Dem schließt sich der Katholikenausschuss in Köln an und hält die neue Regelung für unangemessen und für unverantwortlich.

Eine Änderung des KVVG wäre leicht umsetzbar, rechtzeitig vor den Wahlen 2025 mit einem Federstrich des Erzbischofs. Damit wäre nicht nur den Gemeinden geholfen, sondern auch dem Bistum. Denn ein drohender Know-How-Verlust, ein Brain Drain, könnte damit verhindert werden. Der Katholikenausschuss unterstützt daher die Initiative "Pro75-KVVG", die eine Streichung des Ausschlusses durch Änderung des KVVG mit einer online-Petition fordert.



© Wir sind Kirche



© Rainer Thelen

06.04.2025: Bestattung totgeborener Kinder

„Ich habe dich bei deinem Namen gerufen; du bist mein!“

(Jesaja 43,1)

Dieser tröstende Zuruf stand im Mittelpunkt der Beerdigung von fast 1.000 totgeborener Kinder am 6. April 2025. „Gott ruft seine Kinder beim Namen und wir gehören zu ihm“, sprach Patoralreferent Wolfgang Obermann aus der der Pfarrgemeinde St. Clemens und Mauritius in Köln Mülheim den etwa 15 Trauergästen auf dem katholischen Friedhof Mülheim zu.

Mit dieser Bestattung ermöglicht der Katholikenausschuss schon seit 2013 allen totgeborenen Kindern eine würdevolle Bestattung. Dies ist ein gemeinsames Anliegen mit dem Bestattungshaus Christoph Kuckelkorn und der Pfarrgemeinde St. Clemens und Mauritius in Köln Mülheim.

Gesetzlich muss ein Kind, das bei der Geburt weniger als 500 Gramm wiegt, nicht bestattet werden, es gilt offiziell als Fehlgeburt. Wegen seiner geringen Größe wird es dann nicht als Person anerkannt und muss laut Bestattungsgesetz auch nicht beerdigt

werden.

Wir glauben an das Leben von Anfang an und dass Gott von Anfang an schon unseren Namen kennt. „Aus der Zusage Gottes, dass niemals jemand vergessen sein wird, erwächst eine besondere Verantwortung für uns Christen!“ Wir möchten daher allen Kindern, von Anfang an, eine würdige Bestattung ermöglichen. Wir möchten trauernden Familien einen Ort der Trauer und des Trostes schaffen, den es sonst nicht geben würde. Auf dem katholischen Friedhof in der Sonderburger Straße wurde von der Pfarrgemeinde St. Clemens und Mauritius eine Grabstätte geschaffen. Einmal im Jahr, am Passionssonntag, bestatten wir dort unsere

totgeborenen Kinder in einer Urne – so auch 2025. Die Bestattung fand um 11:15 Uhr auf dem Friedhof Sonderburger Straße statt.

2026 soll der AK „Trauerarbeit“ der Pfarrgemeinde mit eingebunden werden und der Termin auf den Nachmittag verlegt werden. So soll es mehr Interessierten ermöglicht werden an der Beerdigung teilzunehmen.



© Peter Krücker

11.04.2025: 100. Sitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen

Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen ist ein Gremium des Rates der Stadt Köln. Er wurde vor mehr als 20 Jahren gegründet, als die Stadt Köln die ersten prekären Unterbringungsformen für geflüchtete Menschen etablierte.

Bei der Gründung des Runden Tisches hat der Rat festgelegt, dass die Ratsfraktionen, die mitwirkenden Ämter der Verwaltung, die Wohlfahrtsverbände und die Initiativen für Geflüchtete Plätze am Runden Tisch bekommen und regelmäßig die kommunale Politik im Umgang mit Themen geflüchteter Menschen beraten. Die beiden großen Kir-

chen sind ebenfalls Mitglieder des Runden Tisches und stellen abwechselnd die Sprecher. Für die katholische Kirche in Köln nimmt der Katholikenausschuss diese Aufgabe seit mehr als 20 Jahren wahr. Über den gesamten Zeitraum hat der stellvertretende Vorsitzende des Katholikenausschusses, Peter Krücker diese Aufgabe übernommen.

Am 11.04.2025 hat der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen seine 100. Sitzung durchgeführt. Kölns damalige Oberbürgermeisterin Henriette Reker besuchte die Sitzung und würdigte die Arbeit des Runden Ti-

ches. Nicht zuletzt die Arbeit dieses Runden Tisches hat dazu beigetragen, dass Köln eine stets zugewandte, offene und humane Flüchtlingspolitik vertreten hat, so die Oberbürgermeisterin.

In den Jahren der politischen Arbeit wurde enorm viel erreicht: der Runde Tisch erarbeitete gemeinsam mit der Verwaltung Leitlinien und Qualitätsstandards für die kommunale Unterbringung von Geflüchteten in Köln, die mit großer Mehrheit im Rat verabschiedet wurden. Es wurde ein Konzept zum Umgang mit illegalen Geflüchteten erarbeitet, ein System der gesundheitlichen Versorgung für Menschen ohne Krankenversicherung deutlich verbessert und v.a.m.

Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen hat wesentlich dazu beigetragen, dass die politische Debatte zur Unterbringung von Geflüchteten in Köln in der Regel sehr sachlich, parteiübergreifend zielorientiert und unter Berücksichtigung humaner Grundsätze verlaufen sind. Auch in einem schwierigen bundespolitischen Umfeld gelingt es dem Runde Tisch für Flüchtlingsfragen in Köln, eine sachliche Debatte zu führen und Impulse für eine humane soziale Arbeit der Verwaltung und der Träger zu geben.





© Christine Limmer, Pfarrbriefservice

23.04.2025: Trauer um Papst Franziskus

Ostermontag verstarb Papst Franziskus im Alter von 88 Jahren in Rom.

Herr Jesus Christus, wir bitten Dich für unseren Papst Franziskus, den Du heute zu Dir gerufen hast. Wir danken Dir für den Dienst dieses besonderen Ordensmannes, den du dazu berufen hast, die Kirche für einige Zeit zu leiten. Wie er uns gebeten hat, für ihn und seine Aufgabe zu beten, so beten wir für ihn auch im Tod.

Schenke Franziskus Heimat bei Dir, wo jeder Schmerz in Freude verwandelt ist. Gott, Du hast Deine Heiligen der Macht des Todes entrissen und mit neuem Leben beschenkt. Vereint mit den Engeln loben und preisen sie Deine Herrlichkeit. Wir bitten Dich: Schenke unserem Verstorbenen Franziskus dieses neue Leben. Nimm ihn auf in die Gemeinschaft der Heiligen und gib ihm das Glück, Dich zu schauen und zu loben.

Amen.

12.05.2025: Michael-Pätzold-Stipendium

Anlässlich des Todes des langjährigen Vorstandsmitglieds und dessen engagierten ehrenamtlichen und politischen Engagements wurde das Michael Paetzold Stipendium ins Leben gerufen.

Ehrenamtliches und politisches Engagement für die Menschen im Veedel und in der Stadt – das beschreibt das lebenslange Wirken von Michael Paetzold auf den Punkt.

Auf Bitte des Katholikenausschuss Köln hin richteten die Katholischen Jugendwerke Köln e.V. als bewährter Stipendiengeber

einen Fonds für ein Michael-Paetzold-Stipendium ein.

Dieses wird jungen Menschen eine Förderung ermöglichen, die sich auch gesellschaftspolitisch engagieren, vielleicht medizinische oder andere Tätigkeitsbereiche mit Sozialpolitik verbinden wollen oder die mit geringeren Startchancen ausgestattet, keinen direkten Zugang zur Unterstützung ihrer Engagements in Ausbildung bzw. Studium haben.

Das Stipendium fördert finanziell, aber auch durch begleitende Qualifizierung und Men-



© SPD Köln

toring – immer mit dem Ziel, jungen Menschen ein besonderes Engagement zu ermöglichen.

Robert Kleine (Stadtdechant Köln),
 Franz Meurer (Pfarrer HöVi),
 Gregor Stiels (Katholikenausschuss Köln),
 Norbert Fuchs (Bezirksbürgermeister Mülheim),
 Anne Henk-Hollstein (Vorsitzende der
 Landschaftsversammlung LVR),
 Katja Hoyer (sozialpolitische Sprecherin FDP
 Ratsfraktion),
 Christian Karagiannidis (Leitender Oberarzt
 Kliniken Köln),
 Jochen Ott (SPD Fraktionsvorsitzender NRW),
 Markus Peters (Vorstand Caritas Köln),
 Elisabeth Quiske (Vorständin SKM Köln)

Wenn Sie dieses Anliegen in memoriam Michael Paetzold unterstützen wollen, dann sind Sie dazu herzlich eingeladen.

Spendenkonto:

KJW Köln e.V.
IBAN: DE10370501980003512217
BIC: COLSDE33XXX
(Sparkasse KölnBonn)

Stichwort:
Michael-Paetzold-Stipendium

15.06.2025: 7. Ökumenischer Tauf-Brückenweg

Am Sonntag, den 15. Juni 2025 lud die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Köln zum 7. Ökumenischen Tauf-Brückenweg anlässlich des 1.700-jährigen Jubiläums des Glaubensbekenntnisses von Nicäa ein unter dem Titel „*Wachsen mit Gott*“, vorbereitet von der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Köln mit evangelischen, katholischen und vielen anderen Kirchen.

Zum ersten Mal richtete sich ein ökumenischer Brückenweg in besonderer Weise an Familien mit Kindern bis zum Grundschulalter. Da das Glaubensbekenntnis von Nicäa im Kern ein Taufbekenntnis ist, wurde in vier

Stationen das Geschenk der Taufe entfaltet unter den Stichworten „*Licht*“ (orthodoxe Kirche), „*Wasser*“ (Freie evangelische Kirche), „*Name*“ (Evangelische Kirche) und „*Segen und Sendung*“ (Kölner Dom), wo der Höhe- und Schlusspunkt ein halbstündiger ökumenischer Familiengottesdienst war.

Was ist der Brückenweg?

Er ist ein Stationen-Weg, der über Straßen und Brücken Kölns zu orthodoxen, freikirchlichen, evangelischen Kirchen und zur katholischen Hauptkirche im Zentrum Kölns, dem Kölner Dom, führt.



© ACK Ökumenischer Brückenweg



© Walter Ludwigs

08.05.2025: Freya-von-Moltke-Stele am Deichmannhaus erneuert

Passender konnte das Datum nicht sein: Am 8. Mai, Jahrestag der Befreiung und des Friedens vor 80 Jahren, hatten Katholikenausschuss und Diözesanrat die erneuerte Stele zum Gedenken an Freya von Moltke der Öffentlichkeit vorstellen können.

Die Erneuerung war erforderlich geworden, nachdem die Stele an dem stark frequentierten Durchgang am Deichmannhaus beschädigt worden war. Das neue Material der Stele ist nun bruchfest und quasi unzerstörbar.

In Redebeiträgen erinnerten Hannelore Bartscherer, Norbert Michels, Walter Lud-

wigs und Georg Dietlein an Dr. Freya Deichmann, verheiratete von Moltke (1911-2010).

„Der Name Freya von Moltke muss uns sofort präsent sein, wenn es gilt, Nein zu sagen zu Unrecht und Ungerechtigkeit, und Unterschiede nicht als Trennung, sondern als Chance wahrzunehmen“, betonte Hannelore Bartscherer vom Arbeitskreis Freya von Moltke. Aus diesem Grund verleihen Katholikenausschuss und Evangelische Kirche in Köln und Region im kommenden Jahr erstmalig den Freya von Moltke-Preis an junge Menschen, die sich um die Ideen der Widerstandskämpferin bemühen.

14.07.2025: Stellungnahme zur „Geistlichen Vision für die Kirche“

Stellungnahme zur „Geistlichen Vision für die Kirche von Köln“ und zur aktuellen Situation im Erzbistum

Mit dieser Stellungnahme wandte sich der Diözesanrat an die Gläubigen im Erzbistum Köln und an die Verantwortlichen in der Bischofsleitung.

Ziel war es, die gegenwärtige Lage im Erzbistum sorgfältig zu reflektieren, Anliegen und Bedenken zu benennen und konstruktive Anregungen für eine gemeinsame Weiterentwicklung zu formulieren. Der Diözesanrat versteht sich als Teil der Verant-

wortungsgemeinschaft im Erzbistum und möchte seine Perspektiven in einem Geist des Dialogs einbringen.

Geistliche Vision – gemeinsame Anliegen, begrenzte Beteiligung

Der Diözesanrat hat sich eingehend mit der im März 2025 von Kardinal Rainer Maria Woelki veröffentlichten Geistlichen Vision für die Kirche von Köln befasst. Die darin zum Ausdruck gebrachten Leitgedanken – wie der Wunsch nach einer Kirche, „die durch Erfahrungsorte des Glaubens wächst“ und „eine neue Generation für das



© Peter Weidemann, Pfarrbriefservice

Evangelium gewinnt“ – finden grundsätzlich Zustimmung. Auch die Betonung einer hörenden, einladenden und missionarischen Kirche wird ausdrücklich gewürdigt.

Gleichwohl sieht der Diözesanrat die Art und Weise der Beteiligung an der Erarbeitung dieser Vision als ausbaufähig an. Die vorgesehenen Formate blieben aus Sicht vieler Engagierter hinter dem Anspruch an eine synodale Kirche zurück.

Entscheidungsprozesse insbesondere zur pastoralen Schwerpunktsetzung und Haushaltsplanung – fanden in einem begrenzten bischöflichen Rahmen statt, ohne eine gleichwertige Einbindung der gewählten Laienvertretung.

Kommunikationsklima und Mitwirkungskultur

Der Diözesanrat nimmt Rückmeldungen wahr, wonach sich das Kommunikationsklima in der pastoralen Praxis vielerorts als angespannt darstellt. Kritische Impulse werden nicht immer als wertvoller Beitrag zum gemeinsamen Ringen um gute Wege erlebt.

Dies führt zu Verunsicherung unter Engagierten und birgt das Risiko, wertvolle Mitarbeitende zu verlieren. Aus Gemeinden und Verbänden wird berichtet, dass Menschen ihre Bereitschaft zur Mitwirkung – etwa bei Gremienwahlen – überdenken, weil sie sich nicht hinreichend gehört oder

einbezogen fühlen. Die Sorge, dass das eigene Engagement wenig bewirken kann, belastet das Vertrauen in kirchliche Prozesse.

Handlungsoptionen – Impuls für einen ehrlichen Neuanfang

Der Diözesanrat ist überzeugt, dass die gegenwärtige Situation auch eine Chance bietet, neue Formen der Zusammenarbeit zu gestalten. Dazu zählt insbesondere eine transparente und kontinuierliche Einbindung der synodalen Gremien bei grundsätzlichen Fragen der Ausrichtung und Priorisierung.

Warum die Beteiligung des Diözesanrates notwendig ist

Synodalität ist ein Wesenszug der Kirche. Wie Papst Franziskus im Brief an das pilgernde Volk Gottes in Deutschland (2019) betont, ist die synodale Kirche eine „hörende Kirche“, in der alle mitwirken.

Das Zweite Vatikanische Konzil (Lumen gentium 37) spricht Laien ausdrücklich das Recht und mitunter die Pflicht zu, ihre Perspektive einzubringen. Der Diözesanrat als gewähltes Gremium der Laien trägt Mitverantwortung für das kirchliche Leben im Erzbistum. Er spiegelt die Vielfalt von Gemeinden, Verbänden und kirchlichen Initiativen wider.

Eine synodale Kirche braucht diese Stimmen im Zentrum ihrer Entscheidungsfindung.

Der Diözesanrat spricht sich deshalb dafür aus,

- bei zentralen pastoralen und strategischen Weichenstellungen frühzeitig einbezogen zu werden,
- die gemeinsame Beratung mit der bischöflichen Leitung zu institutionalisieren,
- Ergebnisse aus synodalen Prozessen verbindlicher zu berücksichtigen,
- Beteiligungsformate zu schaffen, die Rückmeldung und Veränderung von Entscheidungen ermöglichen.

Was der Diözesanrat beobachtet

Eine Kirche, die gemeinsam Verantwortung trägt, in der gegenseitiger Respekt, Dialog und Vertrauen wachsen können. Eine Kirche, die den Glauben im Heute bezeugt und Raum für vielfältige Erfahrungen mit Gott schafft.

Was der Diözesanrat sich wünscht und erwartet

Die Bereitschaft vieler Menschen zur Mitgestaltung ist ungebrochen. Gleichzeitig zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre, dass es neue Strukturen der Mitwirkung braucht, um diese Bereitschaft zu erhalten.

Der Diözesanrat möchte dazu beitragen, Brücken zu bauen zwischen Leitung und Basis, zwischen Anspruch und Erfahrung.

Abschließende Perspektive

Die Herausforderungen im Erzbistum Köln sind erheblich – aber sie bieten auch Chancen. Der Diözesanrat sieht seine Aufgabe darin, das kirchliche Leben konstruktiv mitzugestalten. In Treue zum Evangelium, im Hören aufeinander und im Vertrauen auf den Geist Gottes.

„Die Synodalität ist der Weg, den Gott sich von der Kirche des dritten Jahrtausends erwartet.“ (Papst Franziskus)

Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln

Breite Str. 106, 50667 Köln

Telefon: 0221/257 61-11

Telefax: 0221/25 54 62

info@dioezesanrat.de

www.dioezesanrat.de

31.07.2025: Fairer Umgang mit Flucht und Migration im Wahlkampf!

Kölner Parteien vereinbarten für die kommende Kommunalwahl 2025 eine Fairnessvereinbarung mit dem Runden Tisch für Integration.

Die Parteivorsitzenden von CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt hatten zu Beginn des Wahlkampfs zur kommenden Kommunalwahl eine Fairnessvereinbarung mit dem Kölner Runden Tisch unterzeichnet.

Das Abkommen wurde 1998 vom Runden Tisch für Integration ins Leben gerufen und wird seitdem vor jeder Wahl getroffen.

Die Parteien verpflichten sich zum fairen Umgang mit Flucht und Migration im Wahlkampf, d.h. bei den Veranstaltungen oder bei der Wahlwerbung verpflichten sie sich, keine Vorurteile gegen hier lebende MigrantInnen und Flüchtlinge zu schüren.

Über die Einhaltung wachen mit dem Vorsitzenden des Runden Tisches, Uellenberg van Dawen, Gregor Stiels, Vorsitzender des Katholikenausschusses und der Stadtsuperintendent der Evangelischen Kirche Köln und Region, Bernhard Seiger.



© Stefan Rahmann



© Peter Weidemann, Pfarrbriefservice

22.08.2025: Statement der Ombudsleute

Statement der Ombudsleute für einen fairen Kommunalwahlkampf zum CDU-Flyer „NEIN zur Großunterkunft. Für ein sicheres, lebenswertes Agnesviertel“

Uns ist es ein wichtiges Anliegen, bei einer sehr hitzig geführten Debatte rund um die Großunterkunft für Geflüchtete im Agnesviertel, mit Ruhe und Sorgfalt zu prüfen, ob es Verstöße gegen das vom Runden Tisch für Integration initiierte Fairnessabkommen gegeben hat, zu dem sich die demokratischen Parteien Kölns verpflichtet haben. Sie haben zugesagt, nicht auf Kosten von Menschen mit Migrationshintergrund Wahlkampf zu be-

treiben, also mit den Themen Migration und Umgang mit Geflüchteten sachlich und respektvoll umzugehen. Das bedeutet, im Diskurs würdevoll von Migrantinnen und Migranten zu sprechen.

Es bedeutet nach unserer Auffassung nicht, dass über die Gestaltung und den Ort der Unterbringung Geflüchteter in unserer Stadt keine politische Auseinandersetzung stattfinden darf. Das Thema beschäftigt Bürgerinnen und Bürger, und es findet dazu seit langer Zeit insbesondere im betroffenen Stadtteil eine kritische Auseinandersetzung statt. Es gehört zur demokratischen Ausein-

andersetzung, dass sachbasiert Lösungswege für strittige Themen diskutiert werden, dazu dient auch der Wahlkampf. Wenn demokratische Parteien hierzu unterschiedliche Positionen haben, dann ist das Ausdruck der Meinungsvielfalt, die unsere Demokratie auszeichnet.

Nach der Fairnessverpflichtung ist im Wahlkampf darauf zu achten, dass der Streit nicht auf Kosten geflüchteter Menschen erfolgt. Eine Herabwürdigung geflüchteter Menschen findet sich im fraglichen Flyer nach unserer Einschätzung an keiner Stelle. Die Aufgabe, in unserer Stadt eine würdige Unterbringung geflüchteter Menschen in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu gewährleisten,

wird zudem nicht infrage gestellt. Insofern liegt nach unserer Auffassung kein Verstoß gegen das Fairnessabkommen vor.

Intern hat uns die CDU Köln auf Nachfrage ausführlich, nachvollziehbar und glaubwürdig erläutert, wie es ihr in der politischen Auseinandersetzung um die Strukturen der Aufgabenbewältigung geht, nicht um Personen. Die Partei möchte zum Wohle geflüchteter Menschen eine andere, dezentrale Art der Unterbringung erreichen. Man kann kritisieren, dass dies im fraglichen Flyer nicht klar genug wird, dass keine ausreichende Transparenz über die Rahmenbedingungen, die Trägerschaft und die Interimsaufgabe der geplanten Einrichtung im Gebäude am Rei-

chensperger Platz hergestellt wird und manche Formulierungen missverständlich sind. Das haben wir den Verantwortlichen auch so mitgeteilt.

Wir bitten alle Parteien darum, dass bei der weiteren politischen Auseinandersetzung möglichst differenziert argumentiert und kommuniziert wird und der Grundsatz stets beachtet wird, dass dabei die Würde geflüchteter Menschen nicht gefährdet werden darf.

Bernhard Seiger, Stadtsuperintendent

Gregor Stiels, Vorsitzender Katholikenausschuss Köln



**Erklärung des Sprechers
des Kölner Runden Tisches für Integration
und der Ombudsleute
für das Fairnessabkommen
mit den Parteien zum Kommunalwahl-
kampf 2025**

02.09.2025: Erklärung des Sprechers „Runder Tisch für Integration“

Angesichts der bundesweiten Berichterstattung über das Kölner Fairnessabkommen die folgende Stellungnahme zur medialen Debatte.

Alle Themen, die die Menschen vor Ort bewegen und zu denen sich politische Akteure verhalten, gehören in den Wahlkampf. Der Streit um Meinungen und Konzepte ist eine Stärke der Demokratie.

Das Fairnessabkommen, das die demokratischen Parteien Kölns seit 25 Jahren zu Wahlen aus Überzeugung abschließen, trägt Sorge dafür, dass bei dieser Auseinandersetzung die Menschenrechte und die

Menschenwürde aller Betroffener gewahrt werden. Die Ombudsleute sind dabei seit jeher eine Werteanstanz. Sie mahnen zur Einhaltung der vereinbarten Werte. Für die Einhaltung dieser Werte sind die Parteien selbst verantwortlich.

Über einen möglichen Verstoß gegen das Abkommen wird zuerst intern beraten und die Klärung mit denen, denen ein Verstoß vorgeworfen wird, gesucht. Die Bewertung erfolgt durch die unabhängigen Ombudsleute. Ein etwaiger festgestellter Verstoß gegen das Abkommen kann zusammen mit dem Runden Tisch öffentlich gemacht werden.

Wir widersprechen klar und eindeutig den rechtspopulistischen in Medien wahrheitswidrig verbreiteten Behauptungen, das Fairnessabkommen tabuisiere die Debatte über die Themen Flucht und Migration im Kommunalwahlkampf:

Die Stellungnahme der Ombudsleute vom 22.8.25 belegt das Gegenteil zur aktuellen Anfrage.

Wolfgang Uellenberg van Dawen, Sprecher Runder Tisch

Bernhard Seiger, Stadtsuperintendent

Gregor Stiels, Vorsitzender Katholikenausschuss Köln

Ferner hat der Sprecher des Runden Tisches für Integration aufgrund der vielen Nachfragen eine Liste mit Antworten auf häufig gestellte Fragen erstellt.

Ist das Fairness Abkommen ein Kartell der Alt-Parteien, um die Diskussion über Migranten und Flüchtlinge zu verhindern?

Nein! Das Gegenteil ist der Fall: CDU, SPD, Die Linke, FDP, Grüne und Volt nehmen in ihren Wahlprogrammen zu Fragen von Flucht und Migration Stellung. Sie schließen das Fairness-Abkommen mit dem Kölner Runden Tisch ab, um dafür im Wahlkampf einen Rahmen zu haben, der ermöglicht, dass alle Themen fair angesprochen werden können. Das Grundgesetz schützt die Würde aller Menschen, ob mit oder ohne

deutschen Pass. Wenn über Eingewanderte und Geflüchtete diskutiert wird, müssen sie auch respektiert werden.

Gibt es im Fairness-Abkommen Diskussionsverbote?

Nein! Die Parteien verpflichten sich nur, nicht auf Kosten der unter uns lebenden Menschen mit Migrationshintergrund Wahlkampf zu betreiben und inhaltlich fair zu bleiben. Parteien kämpfen um die Macht und stellen die Weichen für das Leben der Menschen in Köln. Darum haben sie auch

die Verpflichtung die tatsächlichen Sorgen und Probleme der Bevölkerung zu nennen.

Zu wenig Kita-Plätze, zu lange Wartezeiten auf die KVB. Kürzungen zu Lasten des Sozial-, Bildungs- und Kulturhaushaltes, aber besonders der Wohnungsmangel – das sind die Probleme der Menschen. Die Kommunen brauchen mehr Geld von Land und Bund. Wer für alles die Geflüchteten und Eingewanderte verantwortlich macht, schließt die Augen vor den tatsächlichen Ursachen von Problemen und Missständen.

Schreibt das Fairness-Abkommen vor, wie Menschen über die Probleme mit „Ausländern“ reden dürfen?

Wie Menschen über die Menschen mit Migrationshintergrund reden, das steht nicht im Fairness-Abkommen. Wer Vorurteile und Ängste hat oder einfach so redet, wie er oder ihr der Schnabel gewachsen ist, bleibt ihm überlassen. Aber zur Demokratie gehört Respekt und darum sollen Parteien Vorurteile auch nicht in den eigenen Reihen dulden. Schon 42 Prozent aller Menschen in Köln kommen aus Familien, die hier eingewandert sind. Wir alle gemeinsam sind Köln.

Werden die Sorgen und die Ängste der Menschen ausgeklammert?

Nein! Im Abkommen werden negative gesellschaftliche Entwicklungen wie die Ar-

beitslosigkeit oder die Gefährdung der inneren Sicherheit ausdrücklich genannt:

Dass Migrantinnen und Migranten den Deutschen die Arbeit wegnehmen – davon spricht heute keiner mehr.

Im Gegenteil: ohne die Arbeit von Migrantinnen und Migranten könnten die Krankenhäuser und Pflegeheime keine Patienten aufnehmen, viele Betriebe stünden still, Onlinebestellungen wären nicht mehr möglich, weil niemand sie ausliefert. Parteiübergreifend wird die Einwanderung von Fachkräften gefordert. Aber wenn weiter Stimmung gegen Eingewanderte und Geflüchtete gemacht wird, werden nur wenige kommen.

Wie ist das mit der Kriminalität und der Sicherheit? Ducken sich die Parteien dabei weg, obwohl die Menschen Angst haben, auf die Straße zu gehen.

Wenn alle „Ausländer“ „kriminell“ wären, gehörten 40 Prozent der Einwohner Kölns dazu. Auch Menschen mit internationaler Familiengeschichte begehen Straftaten. Je mehr in Köln leben, desto höher ist auch ihr Anteil an Straftaten etwa bei jungen Männern. Aber oft werden Menschen häufiger verdächtigt, weil sie fremd aussehen.

Darum sagt die Kriminalstatistik wenig aus, da sie nur die Strafanzeigen benennt, aber nicht die die Zahl der von den Gerichten verurteilten, Und die ist weit geringer. Ängste

und Unsicherheit können die Parteien und auch der Runde Tisch niemandem nehmen. Aber es ist eine Aufgabe der Politik präventiv für Sicherheit zu sorgen. Darum muss man die gesellschaftlichen Ursachen von Kriminalität wie zerrüttete Familienverhältnisse, Gewalt, mangelnde Perspektiven usw. angehen.

Was geschieht bei Verstößen gegen das Abkommen?

Wenn sich jemand beim Runden Tisch beschwert, werden zwei Schiedspersonen mit der Beschwerde befasst. Die sollen darüber entscheiden, ob das Abkommen verletzt wurde. Die Parteien haben sich damit ein-

verstanden erklärt, dass die Schiedsleute – derzeit von der katholischen und evangelischen Kirche – mit dem Runden Tisch dann einschreiten können. Sie können dazu auffordern, etwa einen Flyer nicht mehr zu verteilen oder ein Plakat abzuhängen. Aber das war bisher, also seit 1998, noch nicht der Fall.

Wird die AfD ausgegrenzt?

Für den Kölner Runden Tisch sind Menschenwürde und Menschenrechte die Grundlage der Auseinandersetzung auf dem Boden des Grundgesetzes. Das Grundgesetzprogramm der AfD und ihre aktuelle Forderung nach Remigration und massen-

haften Abschiebungen (Bjorn Höcke) ist das Gegenteil von dem, wofür der Kölner Runde Tisch für Integration steht. Darum laden wir die AfD nicht ein, dem Fairnessabkommen beizutreten.

Dazu sagt der Spitzenkandidat der AfD in Köln Mathias Buschgens im Nachrichten-Portal NIUS am 26. August: „Die AfD würde das Abkommen „niemals unterzeichnen“ – es wurde „unseren Grundsätzen widersprechen und unsere Überzeugungen verraten“.

Was ist der Runde Tisch für Integration?

Der Kölner Runde Tisch für Integration diskutiert seit 1991 viermal im Jahr auf seinen Plenen und zu den Wahlen in öffentlichen

Veranstaltungen über alle Themen von Flucht und Migration. Von Aufenthalt bis zum Spracherwerb, von der Wohnungssuche bis zum Kita-Platz, von den Regeln des Zusammenlebens bis zur sozialen Ungleichheit und natürlich auch über Sicherheit und Kriminalität.

Unser Adressat sind Politik und Stadt sowie Parteien und gesellschaftliche Organisationen. www.rundertischkoeln.de

*Verantwortlich: Wolfgang Uellenberg van Dawen,
Sprecher des Kölner Runden Tisches für Integration*

17.10.2025: Trauer um Rainer Tüschbönner

Die Nachricht, dass Rainer Tüschbönner, Leiter des Kölner Domforum und des Katholischen Bildungswerk Köln am Samstag, den 17. Oktober, während seines Urlaubs beim Bergwandern tödlich verunglückt ist, hat eine tiefe Trauer und einen tiefen Schmerz hinterlassen.

Wir trauern um einen langjährigen Wegbegleiter und klugen Berater.

Nicht nur als Leiter von Domforum und Katholischen Bildungswerks wird er eine tiefe Lücke hinterlassen, sondern auch als Mensch, der seinem Gegenüber stets zugewandt, fröhlich und mit einem offenen Ohr

begegnete. Seine herzliche Art, seine ansteckende Begeisterung und seine Offenheit werden uns sehr fehlen.

Unsere Gedanken sind besonders bei seiner Frau und seinen Kindern.

Gottes großer Segen stütze sie und gebe ihnen Zuversicht in dieser schweren Zeit!



© Katholisches Bildungswerk e.V.



© Katholisches Stadtdekanat Köln

06.11.2025: Ökumenischer Schweigegang

zum Jahrestag der Pogromnacht vor 87 Jahren

Gemeinsam setzten wir am 6. November 2025 ein starkes Zeichen in unserer Stadt gegen Antisemitismus – für Respekt, Zusammenhalt und Menschlichkeit. Bei diesem Gang möchten wir schweigend der Opfer von Krieg und Terror gedenken.

„Wir gedenken der Opfer von Holocaust und Judenmord. Wir stehen an der Seite unserer jüdischen Nachbar*innen!“ So war es auf dem Banner und entsprechenden Transparenten zu lesen, mit denen über 200 Teil-

nehmende auf einem ökumenischen Schweigegang zum Jahrestag der Novemberpogrome 1938 ein deutliches Zeichen der Solidarität setzten. Sie folgten der Einladung des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region, des Katholischen Stadtdekanats Köln und des Katholikenausschusses in der Stadt Köln.

Der Gang führte vom Neubau des Jüdischen Museums vorbei am Neumarkt und Rudolfplatz zur Synagoge in der Roonstraße.

Auf dem Hof des städtischen Berufskollegs Lindenstraße skizzierte Alexander Recht die

Historie der Einrichtung und seiner direkten Nachbarschaft als ganz besonderen Ort jüdischer Geschichte in Köln. Der dem erweiterten Schulleitungs-Team angehörende Lehrer verwies auf ein Gebäude im Rücken der Teilnehmenden, in dem sich von 1917 bis 1938 die Städtische Israelitische Volksschule in der Lützowstraße 8-10 befand. „In den 1920er Jahren war sie die größte öffentliche jüdische Volksschule Deutschlands.“ Die Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes habe 1938 zur Schließung der Einrichtung geführt. Später seien zahlreiche der Schüler und Lehrer mit ihren Familien in den Osten verschleppt worden. „Nur wenige überlebten.“ Anfang der 1950er

Jahre sei dort eine städtische Handelsschule eingezogen. Aus dieser sei das Berufskolleg hervorgegangen. Wir haben es dem Engagement des Ehepaares Irene und Dieter Corbach zu verdanken, dass seit den 1980er Jahren die lange verdrängte jüdische Geschichte dieses Ortes „wieder in den Blick der Öffentlichkeit gerückt worden ist“, so Recht.

Gebet und Dank vor der Synagoge in der Roonstraße

An der Synagoge in der Roonstraße begrüßten Mitglieder der Synagogen-Gemeinde Köln die Teilnehmenden. Vor zahlreich platzierten Blumen und brennenden Kerzen trug Kantor Mordechaj Tauber das Gebet El Male

Rachamim (Gott voller Erbarmen) in der erweiterten Version im Gedenken an die Opfer der Schoa vor.

„Wir spüren den Schmerz“, dankte Seiger stellvertretend den Vorstandsmitgliedern Bettina Levy und Dr. Felix Schotland, „dass sie uns willkommen heißen und wir hier zusammenstehen dürfen“. Er würdigte ebenso die Frauen und Männer, „die mitgegangen sind, ohne große Worte, sondern im Spüren dessen, was heute zu spüren ist“.

Levy bedankte sich herzlich im Namen der jüdischen Gemeindeglieder und derer, die es nicht können, für das Engagement der Teilnehmenden. Dieses sei nicht selbstver-

ständig. *„Es hat einen ganz großen Widerhall bei uns. Diese Lichter bringen ein bisschen Licht und sie zeigen, dass sie zu uns stehen und sie den Toten und den Menschen, die heute nicht hier sind, weil sie ermordet wurden, ihre Ehre erweisen. Das kommt an bei den Lebenden.“*

Der evangelische Stadtsuperintendent Bernhard Seiger freute sich über die breite Unterstützung des stillen Gedenkens durch viele weitere Organisationen und dankte den zahlreichen Menschen für ihr Eintreten gegen Antisemitismus. *„Wir sind hier in international bewegten politischen Tagen und mit der Hoffnung auf Frieden im Nahen Osten, der leider immer noch sehr fragil ist.“*

Umso wichtiger sei es, mit klarem Verstand und wachem Herzen einen guten Kompass für das Leben zu haben, betonte Seiger: *„Gerade in dieser Woche.“* Er erinnerte daran, dass vor 87 Jahren auch in Köln die Synagogen brannten. *„Jüdisches Leben wurde beschämt und verächtlich gemacht. Und das war erst der Anfang größtmöglicher Menschenverachtung.“*

Seiger: „Wir stehen fest an der Seite unserer jüdischen Geschwister und Nachbarn.“

In Köln und hierzulande nähmen unsere Nachbarn jüdischer Herkunft den international wie bundesweit wachsenden Antisemitismus wahr. Unseren Kirchen sei uns heute

wichtig, deutlich und ökumenisch zu sagen: *„Wir stehen fest an der Seite unserer jüdischen Geschwister und Nachbarn. Wir teilen ihre Sorge und zeigen unsere Verbundenheit mit ihnen.“*

Seiger überbrachte den herzlichen Gruß der demokratischen Kölner Ratsfraktionen, deren Mitglieder an der zeitgleich laufenden konstituierenden Sitzung des Stadtrates teilnahmen. *„Es macht Mut, dass wir gemeinsam hier sind und gemeinsam gedenken. Es ist manchmal viel mehr, wenn wir Stille aushalten, als Parolen und selbstsichere Reden zu halten“,* formulierte Seiger. *„Wir können spüren, was ist, und halten die Stille und den Schmerz aus.“*

Kleine: „Solidarisch mit dem Herzen zur Roonstraße gehen.“

Man habe nach dem Schrecken des Holocausts und des Naziregimes immer von einem scheinbar latenten Antisemitismus bei wenigen gewusst, stellte Stadtdechant Msgr. Robert Kleine fest.

Mit Entsetzen habe er nach dem barbarischen Massaker der Hamas 2023 an Menschen in Israel bemerkt, dass sich im Laufe der Wochen sich so etwas wie eine Büchse der Pandora geöffnet habe. Gemerkt, *„dass es plötzlich wieder sprachfähig wurde, Israels Existenzrecht abzusprechen, aber auch Menschen jüdischen Glaubens anzugehen mit Hasstiraden und sogar handgreiflich.“*

Dafür müssen wir auf die Straße gehen.“ Wir müssen unsere Demokratie schützen und das elementare Grundrecht Religionsfreiheit verteidigen: *„Wegen unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.“* Man wolle solidarisch mit dem Herzen zur Roonstraße gehen. *„Wir sind vielleicht im Moment schweigend. Aber ich hoffe doch, dass wir in unserer Stadt die Mehrheit sind, die sagt: „Nie mehr wieder ist jetzt!“*

Weitere Informationen unter:
www.oekumenischer-schweigegang.de

25.11.2025: Nein, zu Gewalt an Frauen

Interreligiöses Abendgebet in St. Agnes

Christinnen, Musliminnen und Bahá'í luden ein zum Internationalen Gedenktag gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2025 um 18 Uhr zum Interreligiösen Gebet in die Katholische Kirche St. Agnes.

Das Abendgebet stand dieses Jahr unter dem Titel „Begrenzte Sicherheit“.

Das Interview mit Elisabeth Grumfeld, Vorstandsmitglied des Katholikenausschusses und Mitinitiatorin des Interreligiösen Abendgebets, können Sie anhören unter: <https://www.katholikenausschuss.de/aktuelles/artikel/Nein-zu-Gewalt-an-Frauen-00002/>



INTERRELIGIÖSES ABENDGEBET

„**Begrenzte Sicherheit**“

© Daniela Machinek

24.12.2025: Heiliger Abend im Hauptbahnhof in der C-Passage

Zum 4. Mal fand diese bewegende Aktion mit 8 unterschiedlichen christlichen Kirchen in der C-Passage im Kölner Hauptbahnhof statt.

Zu den christlichen Kirchen hat ein Verantwortlicher der Achmaddiye Moschee mit einem Vertreter der liberalen jüdischen Gemeinde ein Grußwort gesprochen.

Weihbischof Rolf Steinhäuser hat zu zwei spirituellen Impulsen den Abschlußsegen erteilt.

Frau Reker hat, wie in den Jahren zuvor, das Weihnachtsevangelium vorgetragen.

Von folgenden christlichen Kirchen wurden spirituelle Impulse vorgetragen, die immer wieder von klassischen Weihnachtsliedern, entweder durch ein E-Piano oder durch ein Bläserensemble begleitet wurden.

Neuapostolische Kirche, armenisch apostolische Kirche, evangelische Kirche, koptische Gemeinde, äthiopische Gemeinde, griechisch-orthodoxe Kirche, methodistische Kirche und kath. Kirche.

Sichtbar war dadurch, dass Ökumene vielfältig ist und nicht nur aus den bekannten Kirchen (ev. und kath.) besteht.



© Daniela Machinek

Diese Vielfältigkeit belebt unser Kölner Zusammenleben und Zusammenstehen.

Mehr als 100 Menschen, unterschiedlichster Couleur, haben diese ungewöhnliche Veranstaltung genossen und ihre Teilnahme zum Erfolg beigetragen,.

Einige Menschen hatten vor Rührung Tränen in den Augen.

Leider ist es unüblich geworden, dass in den Familien zur Weihnachtszeit gesungen wird; Heilig Abend im Hauptbahnhof ist für Einige die einzige Möglichkeit, Weihnachtslieder zum Fest zu singen.

Aus diesem Grund ist es mir ein persönliches Anliegen, dieses Geschehen auch wei-

terhin allen Menschen zuteil kommen zu lassen, um ihnen Weihnachten mit allen seinen Facetten näher zu bringen.

Mitgliedschaften

Der Katholikenausschuss ist auf städtischer und diözesaner Ebene in folgenden Gremien und Zusammenschlüssen präsent, um dort die Belange der Katholikinnen und Katholiken in Köln zu vertreten.

- Vorstand Förderverein Romanische Kirchen
- Vorstand Katholisches Bildungswerk
- Runder Tisch für Integration
- Runder Tisch für Flüchtlingsfragen
- Rat der Religionen
- Arbeitskreis christlicher Kirchen
- Caritasverein zur Förderung der Nostra gGmbH
- Katholische Jugendwerke Köln e.V.
- Diözesanpastoralrat
- umsteuern! Robin Sisterhood e.V.

Diözesanrat

Vertretung der Kölner Dekanate im Diözesanrat mit vier Delegierten

Arbeitsgruppen/Gesprächsrunden

In unterschiedlichen Arbeitsgruppen und Gesprächsrunden beschäftigt sich der KA mit aktuellen kirchlichen und gesellschaftlichen Fragen. Einige Arbeitsgruppen sind temporär und projektbezogen tätig, andere beobachten längerfristig wichtige Themen.

Die Verbindung zwischen Basis und Vorstand wird u.a. gesichert durch zwei Konferenzen

- Konferenz der katholischen Verbände
- Konferenz der Pfarrgemeinderatsvorsitzenden

- Evangelisch-katholischer Arbeitskreis
- Arbeitskreis „Weißt du, wer ich bin?“
- Arbeitsgemeinschaft Baptisterium
- Scharnierkreis: Ständige Gesprächsrunde mit dem evangelischen Stadtkirchenverband
- Arbeitskreis „Nein zu Gewalt an Frauen“
- LGBTIQ mit Vertreter/ innen von Aidshilfe und KLuST (Kölner Lesben- und Schwulentag)

- Arbeitskreis Freya von Moltke
- Arbeitskreis Kirche und Sport
- Kölner Allianz für den freien Sonntag
- Gesprächsrunde „Suchet der Stadt Bestes“
- Bündnis „Köln zeigt Haltung“
- Arbeitskreis Stadtpolitik

Auszug aus der Satzung für die Dekanatsräte der Katholikinnen und Katholiken im Erzbistum Köln

(gültig für alle Stadt- und Kreisdekanate)

§2 Aufgaben: Der Dekanatsrat hat als Vertretung der Katholiken in seinem Gebiet insbesondere die Aufgaben:

- a) die Entwicklungen im kommunalen, staatlichen, gesellschaftlichen und kirchlichen Leben zu beobachten und die Anliegen der Katholiken in der Öffentlichkeit zu vertreten;
- b) Anregungen für das Wirken der Katholiken in Kirche, Staat und Gesellschaft zu geben;
- c) gemeinsame Initiativen und Veranstaltungen der Katholiken seines Gebietes vorzubereiten und durchzuführen;

d) zu Fragen des öffentlichen und kirchlichen Lebens Stellung zu nehmen;

e) die Pfarrgemeinderäte bei der Durchführung ihrer Arbeit zu befördern sowie in Konfliktfällen seine Vermittlung anzubieten;

f) die katholischen Verbände, Organisationen und Gruppen unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit zu beraten und ihre Arbeit aufeinander abzustimmen;

g) Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung anzubieten, zu veranlassen oder durchzuführen;

h) bei der Festlegung der Schwerpunkte und Richtlinien der pastoralen Planung mitzuwirken;

i) den Dechanten und die Geistlichen des Dekanats in pastoralen Fragen zu beraten;

j) den Bischof bei der Ernennung des Stadt- bzw. Kreisdechanten zu beraten;

k) die Vertreter oder Vertreterinnen des Dekanats in den Diözesanrat zu wählen und Beauftragte in andere Gremien zu entsenden.

Bezugsanschrift:

Katholikenausschuss Köln,

Domkloster 3, 50667 Köln

Telefon 0221 / 92 58 47 80

Telefax 0221 / 92 58 47 71

E-Mail: koeln@katholikenausschuss.de

www.katholikenausschuss.de

facebook.com/katholikenausschuss